

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riessa.  
Gernsuf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptpostamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1538  
Circulose Riessa Nr. 52.

Nr. 276.

Mittwoch, 26. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Rundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 59 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Freiwilliger Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Künftige Unterhaltungsbezüge sind zu zahlen durch Post, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Künftige Unterhaltungsbezüge sind zu zahlen durch Post, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riessa.

## Der Aufmarsch der Stammtisch-Parteien.

Von unserem Berliner Vertreter.

Für die Reichstagswahl haben insgesamt 24 Parteien ihre Kandidatenlisten eingereicht und die deutsche Wählerkraft vor eine sehr große Auswahl gestellt. Neben den großen Parteien treten wieder annähernd 20 Parteigruppen auf, die sich offenbar ins Leben gerufen haben, weil der deutsche Staatsbürger das tiefempfundene Bedürfnis hat, möglichst viele Parteien vegetieren zu sehen, da sonst die Gefahr besteht, daß eines schönen Tages überhaupt keine Parteien mehr in Deutschland existieren. Nachdem man jahrelang mit ansehen mußte, wie wohnend es ist, wenn einige Duzend Parteien in Deutschland um die Macht streiten und keine einzige von ihnen die Wünsche des Stammtischs von Vosenudel ganz befreiben kann, muß man eben die Rettung des Vaterlandes in der Weise versuchen, daß für jedes Duzend deutscher Staatsbürger eine eigene Partei gegründet wird. Dieser große Unfug, den man nicht lächerlich genug machen kann, beginnt allmählich Formen anzunehmen, die das ganze politische Leben in Deutschland zur Affenkomödie herabwürdigen. Wer sind denn diese sogenannten Parteien mit den schmeichlichen Namen, die für „Aufwertung und Volkswohlfahrt“ eintreten, und die versprechen, für die Interessen der Mieter, der Sparfüßler, der Arbeiter und der Blinden zu kämpfen? Ihre Gründer sind die sattem bekannten Persönlichkeiten, die zweimal in der Woche am Stammtisch ihr tollkühnes Programm zur Rettung des Vaterlandes entwickeln und die nach dem achten Glas Bier kein anderes Argument als das Stahlblech mehr zur Verfügung haben. Diese Leute, denen kein Mensch etwas recht machen kann und die wohl fast ausschließlich für den ernsthafte Politiker einen Ort darstellen, pflegen zwar täglich über den parlamentarischen Unfug zu skandalisieren, und doch wäre ihnen nichts willkommen, als Mitglieder des Parlaments zu sein.

Es ist nicht unsere Absicht, weiter in dieser Tonart über Parteigründungen, die es vielleicht gut meinen mögen, die sich aber unbedingt durch ihre Torheiten lächerlich machen müssen. Selbst wenn alle kleinen Parteigruppen in Deutschland kommen sollten und nur noch die großen Parteien um die Mehrheit im Parlament streiten, so haben wir noch einen außerordentlichen Ueberflus an Parteien. Diese Tatsache läßt sich sehr leicht erkennen, wenn man einmal die politischen Verhältnisse Deutschlands mit den anderen Ländern vergleicht. Als große Parteien haben wir in Deutschland: die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Das sind ganze Parteien, von denen eine jede über einen rechten und einen linken Flügel verfügt. Keine dieser Parteien hat seit dem 9. November 1918 allein die Regierungsmacht in den Händen gehabt, weil ihr die absolute Mehrheit hierzu fehlte und Kompromisse geschlossen werden mußten, um mehrere Parteien zu einer Regierungskoalition vereinigen zu können. Die Folge davon ist, daß in Deutschland ein klarer und einheitlicher Regierungskurs einzuführen unmöglich gemacht wird, weil jede Regierungspartei zugunsten der anderen Koalitionsparteien einen großen Teil ihrer wertvollen Regierungsprinzipien vollkommen preisgeben muß. Darunter leidet nicht nur das Staatsprinzip an sich, dessen Klarheit unbedingt verwirrt wird, sondern auch das ganze politische Leben überhaupt, das durch die vielen Parteiführer in der höchstlichen Weise verzerren wird. Ein klassisches Musterbeispiel hierfür haben die letzten Regierungsverhandlungen gezeigt, wo ein elendes Schachergeschäft um Ministerposten getrieben werden mußte.

England verfügt über 3 Parteien, über die Konservativen, über die Liberalen und die Arbeiterpartei. Diese drei Parteien wechseln sich gegenseitig in der Regierungsmacht ab, indem je nach den Erfolgen oder Misserfolgen die Wähler jeweils eine Verdrängung der parlamentarischen Mehrheit erbringen. Gätten wir in Deutschland nur drei Parteien, eine Rechte, die Mitte und die Linke, so hätte jede der drei Richtungen in den letzten Jahren einmal zugehen können, über welche Regierungsmacht sie verfügt. Es wäre jeder an die Reihe gekommen, und diejenigen, die sich im Laufe der Zeit die größte Blöße gegeben haben, hätten die verdiente Abfuhr erhalten und könnten heute nicht mehr mit den anderen Parteien konkurrieren zu wollen. Da aber unser glückliches Deutschland den Luxus gestattet darf, ganze 25 Parteien zu besitzen, von denen jede einzelne sich als die wichtigste empfiehlt, so wird man aus dieser Zersplitterung in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr herauskommen. Es ist geradezu ein Skandal, was alles von den kleinen Stammtischparteiern versprochen wird, die als politische Analphabeten überhaupt keine Ahnung davon haben, wie in einem modernen Staat Gehehe gemacht werden. Besonders die kleinen Aufwertungsparteien verdienen einmal ganz allein unter die Regierung zu kommen — natürlich nicht in Wirklichkeit, sondern in einem Rasperletheater — damit die Welt sich daran ergötzen kann, wie in diesen Hirnen Politik gemacht wird. Man darf nur hoffen und wünschen, daß der gesunde politische Verstand derartiger Wähler, wie sie heute mit den kleinen „Aufbauparteien“ getrieben werden, rücksichtslos ablehnt und nicht wieder Hunderttausende von Stimmen verloren werden.

Es wird notwendig sein, in Zukunft die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung dieser kleinen Parteiwahlkämpfe zu verhindern, die nur dazu führen, daß Millionen von Wählerstimmen ihren Wert vollständig verlieren.

## General Rathusius begnadigt.

Paris. Die Begnadigung des Generals von Rathusius ist, wie eine verlässliche Nachricht mitteilt, am Dienstag von dem französischen Staatschef unterzeichnet worden.

## Die Taufe des „S. N. 3“.

Washington. Die Frau des Präsidenten Coolidge taufte gestern „S. N. 3“ auf den Namen „Los Angeles“ und wünschte ihm eine Laufbahn des Friedens. Die ganze Zeremonie verlief in einfachen Formen.

### Der Flug des „S. N. 3“ zur Taufe.

New York. Um 6 Uhr früh wurde „S. N. 3“ von 350 Mann aus seiner Kasse in Lakehurst gesogen und startete 9 Uhr unter günstigen Wetterbedingungen zur Taufe nach Washington. Um 10 Uhr überflog das Luftschiff Philadelphia unter dem Jubel der Bevölkerung.

### Die Rückfahrt.

Washington. Das Luftschiff „Los Angeles“ ist um 5 Uhr zur Rückfahrt nach Lakehurst aufgestiegen.

### In Lakehurst glücklich gelandet.

Lakehurst. (Punförsch.) Das Luftschiff „Los Angeles“ ist aus Washington um 7.30 Uhr hier eingetroffen.

## Reichsregierung und Aufwertungsfrage.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beschäftigt sich das Reichsfinanzministerium nach wie vor mit den Vorarbeiten zu einer Regelung der Aufwertungsfrage, die spätestens im Frühjahr 1925 durchzuführen werden soll. In einzelnen politischen Kreisen hat man auf Grund einiger Äußerungen des Reichsfinanzministers und des Außenministers Dr. Stresemann im Wahlkampf die Behauptung aufgestellt, daß innerhalb des Reichskabinetts über die Aufwertungsfrage Meinungsverschiedenheiten im Gange seien und infolgedessen die Vorbereitungen zur Regelung der Aufwertungsfrage der Aufseherbehörden ins Stocken geraten wären. Dies trifft nach unseren Informationen in keiner Weise zu. In den unterrichteten Kreisen des Reichsfinanzministeriums warnt man mit aller Entschiedenheit davor, in der Aufwertungsfrage irgendwelche besonderen Hoffnungen auf den Ausgang der Wahlen zu knüpfen. Dieses Problem kann nur auf der Grundlage der Finanzverhältnisse des Reiches geregelt werden, sobald diejenigen Erwartungen, die besonders die Spekulation an der Börse auf die Aufwertung setzen, schmächtig enttäuscht werden müssen. Die kommende Reichsregierung wird die Aufwertung nur im Sinne einer sozialpolitischen Regelung behandeln können und ebenso wenig wie das bisherige Kabinett in der Lage sein, auch nur einen Teil der von einzelnen Parteien gemachten Versprechungen zu erfüllen. Da sich die Verteilung in der Aufwertungsfrage immer wieder an der Börse auswirkt, hält man es für dringend geboten, dem Unfug der maßgebenden Ausbeutung dieser Frage in schärfster Form entgegenzutreten.

## Neue Bestimmungen zum Personalabbau.

Berlin. Infolge der Auflösung des Reichstages ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Anwendung der Personal-Abbau-Verordnung nicht mehr verabschiedet worden. Die Reichsregierung hat deshalb auf Anregung des Reichsfinanzministeriums die Frage geprüft, ob die geplanten Verbesserungen der Personal-Abbau-Verordnung etwa im Wege der Verwaltungsanordnung durchführbar seien.

In einzelnen wichtigen Punkten, wie Art. 10 (Kürzung von Versorgungsbezügen bei Witwenrenten), Art. 14 Abs. 3 (Fürsorge für entlassene verheiratete weibliche Beamte), Art. 16 (Betriebsratsgesetz) und gesetzlicher Regelung der Bezüge wiederbeschäftigter Wartegeldempfänger hat sich eine solche Regelung wegen des zwingenden Charakters der geltenden Gesetzesbestimmungen nicht ermöglichen lassen. Dagegen können andere wesentliche Punkte schon jetzt berücksichtigt werden.

Die Reichsregierung hat infolgedessen im Verwaltungsweg bestimmt, daß der grundlegende Artikel 3 der Personal-Abbau-Verordnung (Verkleinerung von Beamten in den einseitigen Ruhestand) vom 1. Januar 1925 ab nicht mehr allgemein, sondern nur noch in den Reichsverwaltungen angewendet ist, in denen auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses der Reichsregierung ein weiterer Personalabbau wegen besonderer Gründe ausnahmsweise noch als erforderlich erachtet wird. Darüber hinaus ist zugunsten der Beamten beabsichtigt, in der dem neuen Reichstag vorzuliegenden Personalabbau-Novelle eine Gesetzesvorschrift zu treffen, nach der mit dem Inkrafttreten der Novelle der Art. 3 der Personal-Abbau-Verordnung nur noch in solchen Reichsverwaltungen angewendet ist, die durch besonderes Gesetz zu Abbauverwaltungen erklärt sind. Die hierüber schwebenden Erwägungen werden in Kürze zum Abschluß gelangen. In diesem Zusammenhang werden auch die Abbauvorschriften für Angestellte eine entsprechende Abänderung erfahren.

Die Reichsregierung hat ferner angeordnet, daß schwerbeschädigte Beamte und Angestellte wegen verminderter Leistungsfähigkeit, die auf ihrer Beschädigung beruht, nicht mehr abgebaut werden dürfen, daß besonders geschädigte

Angestellte (A. V. schwerbeschädigte und versorgungsberechtigte) tunlichst nicht mehr entlassen werden sollen, und daß Rückstellungen von verbeirateten weiblichen Beamten und von Angestellten künftig darauf zu bewirken sind, daß die Entlassung bereits 6 Wochen vor Schluß (statt bisher zum 1. des Monats) mitzuteilen ist, mit dessen Ablauf der Austritt erfolgen soll.

Die näheren Einzelheiten sind aus dem Reichsbesoldungsblatt (S. 335, Nr. 1040) zu ersehen.

## Die deutsche Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt vom 20. bis 25. Nov. Ausschuß- und Plenarsitzungen im Gebäude der Deutschen Reichsbahn in Berlin ab. Von der Verwaltung vorgeschlagene Gehalts- und Lohnerhöhungen wurde beschlossen. Die Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Beamte der Gruppen I bis VI tritt rückwirkend mit dem 16. November in Kraft. Insgesamt beträgt die Belastung der Reichsbahn durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen über 125 Millionen Mark im Jahre. Die neue Personalordnung wurde aufgestellt. — Die Finanzwirtschaft der Reichsbahn für das nächste Geschäftsjahr wurde an Hand der vorgelegten Unterlagen einer genauen Prüfung durch den Verwaltungsrat unterzogen. Die Aufstellung eines Haushalts im bisherigen Sinne kommt nach der Umstellung der Reichsbahn nicht mehr in Frage. Die Sicherung des Dienstes und der Reparationsschuldenrückstellungen muß mit Rücksicht auf die sinkende Unternehmenseinnahmen und den Personal drohenden Schwierigkeiten die erste Aufgabe der Verwaltung sein. Ihre Erfüllung ist nur möglich, wenn die Reichsbahn finanziell auf das vorzüglichste verwaltet wird. Dies bestimmt die Tarif-, Personal- und Beschaffungspolitik der Gesellschaft. Einige Tarifänderungen wurden nach den Vorschlägen der Verwaltung genehmigt. Von Organisationsfragen wurde die Neuordnung der Verhältnisse und des Beschaffungswesens behandelt und in ihren Grundzügen festgelegt. — Die Verwaltung rechnet für das Jahr 1925 mit einem durchschnittlichen Personalstand von 777 000 Köpfen; die Kopfzahl belief sich im Jahre 1913 auf 693 000, wobei die abgetretenen Strecken nicht mitgerechnet sind. Während im Jahre 1913 die Ausgaben der Personalverwaltung etwa 50 Prozent der Gesamtbetriebsausgaben ausmachten, werden diese für das Geschäftsjahr 1925 auf 62 Prozent geschätzt. — Es wurde vom Verwaltungsrat zur Kenntnis genommen, daß Staatssekretär Vogt mit der Vertretung der preussischen Interessen in der Reichsbahn beauftragt worden ist.

## Sachsen und Bayern zur Gehaltsregelung.

Dresden. Nachdem der Reichsrat den von der Reichsregierung beantragten Erhöhungen der Grundgehälter und der sozialen Zuschläge der Reichsbeamten vorläufig zugestimmt hat, wird die sächsische Regierung, wie die Staatskanzlei mitteilt, sofort Veranlassung nehmen, die gleichen Erhöhungen auch für die sächsischen Beamten durchzuführen. Der zukünftige Ausschuss des Landtages ist bereits erucht worden, möglichst noch im Laufe dieser Woche zusammenzutreten, um der Regierung zur vorläufigen Auszahlung vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung die erforderliche Ermächtigung zu erteilen. Die Erhöhungen müssen sich infolge des Besoldungsvertrages in Übereinstimmung mit der Reichsregelung halten, obwohl diese von der sächsischen Regierung für die unteren Beamtengruppen als völlig unzureichend angesehen wird. Die Regierung hat daher sowohl bei den Vorverhandlungen als auch im Reichsrat eine weitergehende Aufbesserung für die unteren Gruppen nachdrücklich vertreten und sie kann nur bedauern, daß es s. Zt. nicht möglich gewesen ist, diese Entwürfe zur Annahme zu bringen.

München. Die Korrespondenz-Sommann meldet amtlich: Die bayerische Regierung hat die vom Reich geordneten Beamtengehaltsszulagen unverändert für die bayerischen Beamten übernommen, obwohl diese Regelung dem von der bayerischen Regierung vertretenen Standpunkt nicht entspricht und Bayern es lieber gesehen hätte, wenn man auf eine stärkere Erhöhung der Grundgehälter in den unteren Gruppen abzielender Antrag von der Reichsregierung und dem Reichsratsausschuss abgelehnt worden wäre.

## Die Lohnverhandlungen im Industriegebiet.

Berlin. In der Privatindustrie sind in fast allen Zweigen gegenwärtig Lohnbewegungen der Arbeiterkraft im Gange, die man jedoch zum größten Teil auf friedlichem Wege beizulegen hofft. Für das mitteldeutsche Revier haben bereits am Sonntag Lohnverhandlungen stattgefunden und ergaben Aufbesserungen von 2 bis 5 Prozent. Zwar entspricht diese Vereinbarung nicht den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften, jedoch ist mit weiteren Lohnkämpfen kaum zu rechnen. Für die Vergarbeiter-Organisationen des Ruhrgebietes finden die entsprechenden Verhandlungen am Dienstag statt. Auch hier ist mit einem Übereinkommen ohne weiteres zu rechnen, obwohl sich die Verhandlungen vielleicht möglicherweise hinziehen werden. Die von gewisser interessierter Seite in den letzten Tagen in Umlauf gesetzten Meldungen über drohende Streikgefahr erheben nach Mitteilungen von unterrichteter Seite jeder Grundlage. Gerade im besagten Gebiet ist bei den Vergarbeitern trotz aller Agitation von kommunistischer Seite bisher keine Stimmung für größere Streiks bemerkt worden. Vielmehr würden die Gewerkschaften möglichen und haben die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiter seit in der Hand.